



Beschlussvorlage Federführend: Fachdienst Jugendamt	Vorlagennummer:	2023/026
	Status:	öffentlich
	Datum:	22.02.2023

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	21.03.2023	Ö
Kreisausschuss (Entscheidung)	26.04.2023	N

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	0 €
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	ja
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Entwicklung eines Stufenplans - Verbesserung der Schulfähigkeit

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Peine richtet sich strategisch zur Weiterentwicklung der frühkindlichen und schulischen Bildungsstrategie in Form eines gemeinsamen „Inklusiven Erziehungs- und Bildungsplanes“ aus.

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Aufgrund des vorliegenden Antrages der Gruppe SPD und Die Grünen vom 23.11.2023 wurde die Verwaltung gebeten, mittelfristig einen Stufenplan zur Verbesserung der Schulfähigkeit zu erstellen.

Der Kinder- und Jugendärztliche Dienst berichtet regelmäßig in den Ausschüssen zu Schuleingangsuntersuchungen. Das Ergebnis der Darstellung ist wie folgt: Immer mehr Kinder sind nicht oder nur mit Einschränkungen schulfähig.

Die Ursachen stellen sich aus Sicht des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes und der Jugendhilfe unterschiedlich dar. Einerseits werden Entwicklungsdefizite erst spät erkannt, so

dass sie bis zum Schuleintritt nicht aufgeholt werden können. Zum anderen nehmen Eltern nach erfolgter Diagnose zu Entwicklungsdefiziten der Schuleingangsuntersuchungen empfohlene Unterstützungsangebote nicht in Anspruch oder kommen dort nicht an. Ein besonderer Fokus muss daher auf die Zielgruppe der 0-6 Jährigen gerichtet werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Übergängen von der KiTa in die Grundschule und von der Grundschule in die weiterführenden Schulen. Hierbei sollte ein besonderer Aspekt auf die Vierjährigen-Untersuchungen gelegt werden.

Damit Kinder nicht "durch die Maschen" von Teilhabe- und Bildungschancen fallen, braucht es für den Landkreis Peine eine langfristige Bildungsstrategie.

Ziele / Wirkungen:

Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Bildungspolitik liegen auf der Hand:

Frühkindliche Bildung

Hochwertige frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote schaffen wichtige Voraussetzungen für die Lernentwicklung aller Kinder. Darüber hinaus sichern sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und können zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben beitragen.

Demokratieerziehung

Demokratieerziehung ist eine zentrale Aufgabe des Bildungssystems. Damit an Bildungsorten tatsächlich Demokratie gelebt und erlebt werden kann, müssen Konzepte und Standards für das Demokratielernen und für eine demokratiepädagogische Organisationsentwicklung erarbeitet und umgesetzt werden. Darin sind partizipative Prozesse, Mitwirkungsformen und -rechte zu beschreiben, die sich insbesondere auf die Gestaltung der Lernprozesse, der lebensweltlichen Umgebung und institutionellen Strukturen beziehen. Nur durch eigenes Handeln und persönliche Erfahrungen können Kinder und Jugendliche soziale und demokratische Kompetenzen und Einstellungen entwickeln.

Ganztagsschulen

Für das Lernen bieten Ganztagsschulen zusätzliche Ressourcen: Mehr Zeit, breitere Lernangebote auch jenseits des Fachunterrichts und eine höhere soziale Interaktion haben das Potenzial, Kinder und Jugendliche individuell wirksamer zu unterstützen und zu begleiten. Als Ort des gemeinsamen Lebens schaffen sie bessere Bedingungen für soziales und demokratisches Lernen. Zudem leisten Ganztagsschulen einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie müssen daher zum Regelangebot des allgemeinbildenden Schulwesens werden. Dabei sollten sie vorzugsweise in gebundener Form institutionalisiert werden und verbindliche Angebote für alle Wochentage sicherstellen.

Notwendig sind auch hier klare, einheitliche pädagogische Konzepte und Standards für ihre Gestaltung.

Inklusive Bildung

Allen Menschen mit Beeinträchtigungen sind hochwertige Bildungsangebote an den allgemeinen Bildungseinrichtungen zugänglich zu machen. Grundsätzlich darf niemand aufgrund einer Beeinträchtigung separiert werden.

Ressourceneinsatz:
entfällt

Schlussfolgerung:
Ein Paradigmenwechsel ist notwendig und benötigt eine mittel- und langfristige Strategie.

Die Planentwicklung soll ein partizipativer Aushandlungsprozess sein, der multiprofessionelle Perspektiven berücksichtigt. Der Auftakt soll im Rahmen des Jugendhilfeworkshops am 23. Juni 2023 in unterschiedlichen Workshops erfolgen.

Daran anknüpfend, erarbeiten die Akteure aus den unterschiedlichen Rechtskreisen Ideen und erste Lösungsansätze zu den Leitfragen Qualitätsentwicklung, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Dabei spielen insbesondere multiprofessionelle Teams, verbesserte Infrastruktur und strukturierte Kommunikationswege zwischen einzelnen Bildungsakteuren, wie frühe Hilfen, Kindertagesstätten, Kindertagespflege, Schulen und Jugend- und Soziales eine entscheidende Rolle.

Anlagen

- Antrag Gruppe SPD und Die Grünen - Verbesserung der Schulfähigkeit